

Editorial: Ungerechte Gerechtigkeit

Beschäftigungsbeitrag von kleinen und  
mittleren Unternehmen ist niedriger  
als vielfach angenommen

Verheiratete greifen seltener zur Zigarette

Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2007:  
Made in Essen

3. Ruhr Graduate Summer School  
wieder großer Erfolg

Dalai Lama diskutiert mit RGS-Doktoranden

Ruhr Economic Papers – RWI : Materialien

Intern: RWI Essen wieder bei EEA-ESEM  
und VfS präsent – Neu im RWI Essen

Nr. 4/2007



## Ungerechte Gerechtigkeit

Ein Großteil der Parteimitglieder der derzeitigen Regierungskoalition befürwortet, die Bezugszeiten des Arbeitslosengeldes (Alg) I für über 45-Jährige zu verlängern, auch wenn sich die konkreten Vorschläge unterscheiden. Es wird argumentiert, damit dem Gerechtigkeitsempfinden der Bürger entgegenzukommen. Tatsächlich sagen Umfragen, dass 75% der Deutschen eine derartige Maßnahme unterstützen würden. Doch damit ist diese Maßnahme noch lange nicht gerecht.

Es gibt nur wenig Zweifel daran, dass die verkürzten Bezugszeiten von Alg I im Rahmen der Agenda 2010 zum überdurchschnittlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit älterer Erwerbsloser beigetragen hat. Von Befürwortern verlängerter Bezugszeiten von Alg I wird häufig behauptet, dieser Rückgang sei ausschließlich der guten konjunkturellen Situation geschuldet, nicht den Reformen. Wie ist dann aber zu erklären, warum schon kurz nach Inkrafttreten der Arbeitsmarktreformen die Erwerbslosigkeit von älteren und Langzeitarbeitslosen spürbar zurückging – zu einer Zeit, in der ein Konjunkturaufschwung noch lange nicht sichtbar war?

Warum ist eine Verlängerung der Bezugsdauer des Alg I ungerecht? Zum einen wird man aller Voraussicht gerade denjenigen schaden, denen man helfen möchte. Die verlängerte Bezugszeit wird voraussichtlich dafür sorgen, dass die Unternehmen sich bei einer konjunkturellen Abschwächung – die mit Sicherheit kommen wird – wieder vermehrt von älteren Mitarbeitern verabschieden werden. Dies würde, wie schon in der Vergangenheit, zu einem überproportionalen Anstieg der Arbeitslosigkeit Älterer führen. Eine derartige Reaktion der Unternehmen lässt sich aller Erfahrung nach auch nicht durch politische Maßnahmen verhindern, da diese nicht effektiv durchgesetzt werden können.



Darüber hinaus gefährdet man die Wirksamkeit aller Maßnahmen der Arbeitsmarktreformen, da diese gerade von dem Prinzip „Fördern und Fordern“ abhängen. Schwächt man eine Seite dieses Prinzips, gefährdet man die Wirksamkeit der anderen Seite. Es ist daher zu bezweifeln, dass eine verstärkte Verpflichtung der Älteren zur Teilnahme an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik die negativen Auswirkungen einer Verlängerung der Bezugszeiten kompensieren kann.

Schließlich müssen die Kosten einer Alg I-Verlängerung auch von jemandem getragen werden. Selbst wenn man eine mögliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit – die eine Verlängerung der Bezugszeiten von Alg I aller Wahrscheinlichkeit zur Folge haben wird – unter den Tisch fallen lässt, kann man dabei von geschätzten Kosten in Höhe von circa einer Milliarde Euro ausgehen. Die SPD möchte, dass diese Kosten der Steuerzahler trägt. Der Einzelne würde sich so – wie bei vielen anderen Steuererhöhungen – über die wahren Kosten nicht im klaren sein. Die CDU hingegen möchte die Verlängerung des Alg I kostenneutral gestalten. Damit würden die Jüngeren – die aufgrund des demographischen Wandels sowieso schon nur schwer kalkulierbaren zukünftigen Belastungen ausgesetzt sind – die Kosten tragen. Beide Lösungen erscheinen kaum erstrebenswert.

*Thomas K. Bauer*

## Aus der Forschung

### Beschäftigungsbeitrag von kleinen und mittleren Unternehmen ist niedriger als vielfach angenommen

Kleine und mittlere Unternehmen haben einen geringeren Anteil an der Beschäftigung in Deutschland als bisher angenommen. Auch ihre Beschäftigungsentwicklung ist nicht durchgehend besser als die größerer Betriebe. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie des RWI Essen.

Der Beschäftigungsanteil von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ist in Deutschland deutlich niedriger als vielfach angenommen. Dies ist eines der Ergebnisse der Untersuchung „Der Beitrag des Mittelstands zur Entwicklung der Beschäftigung in Deutschland“. Während bisherige Schätzungen auf der Basis von Betriebsdaten beispielsweise für das Jahr 2005 den Beschäftigungsanteil der Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten auf knapp 70% beziffern, kommen Berechnungen auf der Basis der Unternehmensdatenbank *Amadeus* auf nur 58%. Auswertungen auf der Basis des Unternehmensregisters kommen zu einem ähnlichen Wert.

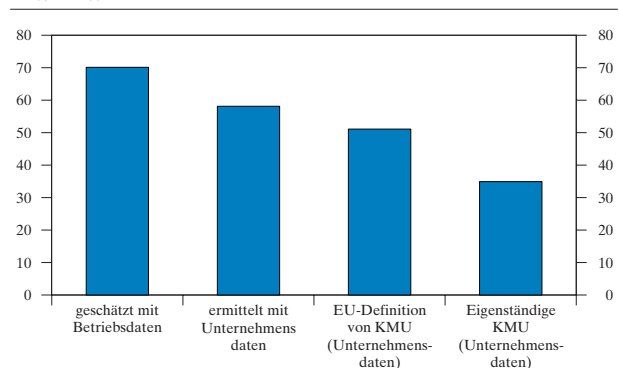
Nach der Empfehlung der Europäischen Kommission sind KMU noch restriktiver abzugrenzen: die Zahl ihrer Mitarbeiter (einschließlich verbundener Unternehmen) muss unter 250 liegen. Mit den amtlichen Daten ist diese Abgrenzung nicht exakt umsetzbar. Das RWI Essen verwendete daher die *Amadeus*-Datenbank, welche Angaben zu Beteiligten enthält. Bei Anwendung der EU Vorschrift sinkt der Anteil dann auf 50,5%. Die Sektoren mit den niedrigsten KMU-Beschäftigungsanteilen waren nach dieser Abgrenzung im Jahr 2004 Bergbau/Energie/Wasser (17,7%), Verarbeitendes Gewerbe (38,5%), Kredit/Versicherungen (46,5%) und Verkehr, Nachrichten (47,5%). Der Beschäftigungsanteil verringert sich nochmals, wenn ausschließlich eigenstän-

dige KMU betrachtet werden. Nicht nur der Beschäftigungsanteil ist geringer als bisher vermutet. Die Befunde weisen auf starke Beteiligungsverflechtungen auch innerhalb des Segments der KMU hin.

Die verfügbaren Unternehmensdaten erlauben noch keine hinreichend exakte Analyse der zeitlichen Veränderung des Beschäftigungsbeitrags von KMU. Zur Abschätzung der Beschäftigungsbeiträge von KMU im Sinne der EU-Definition können jedoch Daten des IAB-Betriebspanels verwendet werden, da hier eine Unterscheidung zwischen konzerngebundenen und -ungebundenen kleinen und mittleren Betrieben (KMB) möglich ist.

Der Beschäftigungsanteil von KMB mit unter 250 Beschäftigten nahm zwischen 1998 und 2005 von 65,0 auf 69,6% zu. Seit 2001 erhöhte sich der Anteil allerdings nur noch geringfügig. Der Trend zur kleinbetrieblichen Leistungserstellung hat sich damit deutlich verlangsamt. Der Anteilszuwachs zeigt sich vornehmlich bei konzerngebundenen Betrieben mit weniger als 250 Beschäftigten, wobei es Hinweise gibt, dass er aus der Zerschlagung großbetrieblicher Strukturen und dem Kauf kleiner unabhängiger Betriebe resultiert.

**Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen**  
Anteil in %



Der Nettobeschäftigungsbeitrag der KMU ist in der Privatwirtschaft von 1998 bis 2005 in Westdeutschland positiv. Betriebe mit weniger als 500 Beschäftigten schufen netto insgesamt 1,237 Mill. neue Beschäftigungsverhältnisse. Die Beschäftigtenzahl in größeren Betrieben sank gleichzeitig um netto 192 000. Werden ausschließlich sozialversicherungspflichtig Beschäftigte betrachtet, ist der Beschäftigungsbeitrag von KMU jedoch negativ. In Ostdeutschland nahm die Zahl der KMU-Beschäftigten im selben Zeitraum um etwa 227 000 ab, in größeren Betrieben um netto 55 000.

Insgesamt weisen die empirischen Ergebnisse darauf hin, dass KMB bei der Beschäftigung nicht unbedingt besser dastehen als größere Betriebe. Es sind daher Zweifel an der seit Jahrzehnten vorherrschenden Meinung angebracht, dass KMU der Beschäftigungsmotor einer Volkswirtschaft sind und überdurchschnittliche Beschäftigungsbeiträge leisten. Sie können Beschäftigungseinbrüche von Großunternehmen nicht beliebig kompensieren.

#### **Koexistenz zwischen kleinen und großen Unternehmen**

Unbestritten ist hingegen, dass KMU maßgeblich zu einer hohen Wettbewerbsintensität auf den Märkten beitragen. So werden die Unternehmen veranlasst, ihre Produktionsprozesse effizienter zu gestalten. Zudem sorgen KMU für die volkswirtschaftlich notwendige und wünschenswerte Reallokation der Beschäftigung und haben eine wichtige Testfunktion für neue Ideen

und Geschäftsmodelle. Daneben haben KMU allerdings auch Nachteile: Sie sind beispielsweise überdurchschnittlich von Ressourcenengpässen betroffen, haben vergleichsweise höhere Bürokratiekosten und investieren kostenbedingt weniger in Forschung und Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund scheint eine Politik vonnöten, welche sich die jeweiligen Vorteile von KMU und großen Unternehmen zum Nutzen macht. Die Arbeitsteilung zwischen beiden Segmenten wird voraussichtlich weiter zunehmen. Dies eröffnet zugleich die Möglichkeit der stärkeren Zusammenarbeit zwischen ihnen auf allen Stufen des Wertschöpfungsprozesses.

So wichtig und richtig die mittelstandsfreundlichen und pressewirksamen Maßnahmen des Bürokratieabbaus auch sein mögen, weitaus bedeutender ist es, sich umfassenden Reformen anzunehmen. Hierzu gehört, Rigiditäten auf den Arbeits- und Produktmärkten weiter abzubauen sowie die Steuerlast zu senken. Zudem sollte die Wirkung von Fördermaßnahmen stärker mittels wissenschaftlicher Verfahren überprüft werden. Die Etablierung und Akzeptanz einer Evaluationskultur könnte dafür sorgen, dass die Wirtschaftspolitik zukünftig noch effizienter gestaltet werden kann.

*Die Kurzfassung der Untersuchung mit dem Titel „Der Beitrag des Mittelstands zur Entwicklung der Beschäftigung in Deutschland“ ist auf der RWI-Homepage unter [www.rwi-essen.de/pb](http://www.rwi-essen.de/pb) als pdf-Download erhältlich.*

*Informationen: [engel@rwi-essen.de](mailto:engel@rwi-essen.de)  
[weiler@rwi-essen.de](mailto:weiler@rwi-essen.de)*

## **Verheiratete greifen seltener zur Zigarette**

Geschieden oder verwitwet zu sein, eine geringe Schulbildung oder ein geringes Einkommen zu haben – dies sind nur einige Faktoren, die die Wahrscheinlichkeit zu rauchen erhöhen. Häufiger mit dem Rauchen beginnen zudem Jugendliche, die ihre Kindheit mit rauchenden Eltern verbracht haben. Zu diesen und anderen Ergebnissen kommen zwei

Studien des RWI Essen, die das Rauchverhalten in Deutschland untersuchen.

Wer geschieden oder verwitwet ist, hat eine höhere Wahrscheinlichkeit zu rauchen als verheiratete Personen. Nach einer Studie des RWI Essen zum Rauchverhalten in

Deutschland liegt die Wahrscheinlichkeit zu rauchen für geschiedene oder verwitwete Männer um 13 bis 18%-Punkte, für Frauen um 11 bis 14%-Punkte höher als für verheiratete. Eine höhere Wahrscheinlichkeit zu rauchen haben Personen mit geringer Schulbildung, mit niedrigem Einkommen, Singles sowie Personen, die nicht mit kleinen Kindern in einem Haushalt leben.

Ausgewertet wurden Daten aus dem „Mikrozensus“ von 1995, 1999 und 2003. Diese Zufallsstichprobe umfasst 1% aller deutschen Haushalte. Sie erfasst unter anderem Alter, Ehestand, Bildungshintergrund, Arbeitsmarktstatus, Einkommen und Staatsangehörigkeit. Die Reaktion auf Preisänderungen konnte nicht untersucht werden, da die Preise für Zigaretten im Untersuchungszeitraum konstant blieben.

#### **Geschiedene und Verwitwete rauchen nicht nur häufiger, sondern auch mehr**

Wie die Untersuchung zeigt, rauchen Geschiedene, Verwitwete und Personen mit geringer Schulbildung nicht nur mit höherer Wahrscheinlichkeit, ihr Zigarettenkonsum liegt zudem auch deutlich über dem von Verheirateten beziehungsweise Menschen mit höherer Schulbildung. Zudem gilt: je jünger jemand mit dem Rauchen begonnen hat, desto mehr Zigaretten raucht er in einem bestimmten Alter, da der Zigarettenkonsum im allgemeinen mit zunehmender Dauer ansteigt.

In einer zweiten Studie mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels aus den Jahren 1984 bis 2004 wurde untersucht, welche

Faktoren dazu führen, dass Menschen überhaupt mit dem Rauchen beginnen. Tendenziell sind die Raucheranteile unter Jugendlichen im Verlauf der neunziger Jahre stetig gestiegen, gleichzeitig sank das Einstiegsalter. Vor allem Jugendliche, die ihre gesamte Kindheit mit rauchenden Eltern verbracht haben, tragen demnach ein höheres Risiko, mit dem Rauchen anzufangen. Jugendliche mit höherer Schulbildung haben hingegen eine geringere Wahrscheinlichkeit zu rauchen und fangen später damit an. Im untersuchten Datensatz nahm das Risiko, mit dem Rauchen zu beginnen, für Mädchen durchschnittlich nach dem 18., für Jungen nach dem 19. Lebensjahr stark ab.

#### **Ergebnisse ermöglichen es, einzelne Zielgruppen anzusprechen**

Für die Politik gibt dies wertvolle Hinweise darauf, welche Zielgruppen mit Anti-Raucher-Kampagnen besonders angesprochen werden sollten. Dies gilt sowohl für allgemeine Kampagnen als auch für solche, die insbesondere Jugendliche davon abhalten sollen, mit dem Rauchen anzufangen.

*Die Untersuchungen sind als Ruhr Economic Paper #26 („Who smokes and how much“) und #27 („The Determinants of Smoking Initiation“) erschienen. Sie sind unter [www.rwi-essen.de/rep](http://www.rwi-essen.de/rep) als pdf-Datei erhältlich.*

*Informationen: [weiler@rwi-essen.de](mailto:weiler@rwi-essen.de)*



## **Eingeworbene Forschungsaufträge**

**Potenzialanalyse zur Entwicklung des Gesundheitsmarktes für das Handwerk.** Projekt für die Handwerkskammer Düsseldorf. Ansprechpartner: Dr. Boris Augurzky. Laufzeit: 3 Monate.

**Der Haushalt der Stadt Essen im Vergleich der 15 größten Städte Nordrhein-Westfalens.** Projekt für die Stadt Essen. Ansprechpartner: Dr. Rainer Kambeck. Laufzeit: 2 Monate.

**Wissenschaftliche Evaluation des Projekts QUADRIGA, Teilprojekt Wirkungs- und Verbleibsanalysen.** Projekt für die Bundesagentur für Arbeit. Ansprechpartner: Dr. Jochen Kluge. Laufzeit: 21 Monate.

**Medizintechnik NRW.** Projekt für das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Ansprechpartner: Dr. Boris Augurzky. Laufzeit: 2 Monate.

## Vorträge und Konferenzen

### Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2007: Made in Essen

Erstmals tagte die „Gemeinschaftsdiagnose“ in ihrer neuen Zusammensetzung im RWI Essen. Das halbjährlich erstellte gemeinsame Konjunkturgutachten von führenden Wirtschaftsforschungsinstituten war im Juli vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie neu vergeben worden. Rund 40 Wissenschaftler berieten Anfang Oktober fast zwei Wochen und gelangten schließlich zu einer gemeinsamen Einschätzung der konjunkturellen Lage und ihrer Bestimmungsgründe. Sie erwarten, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr um 2,6% und im nächsten Jahr um 2,2% steigen wird.



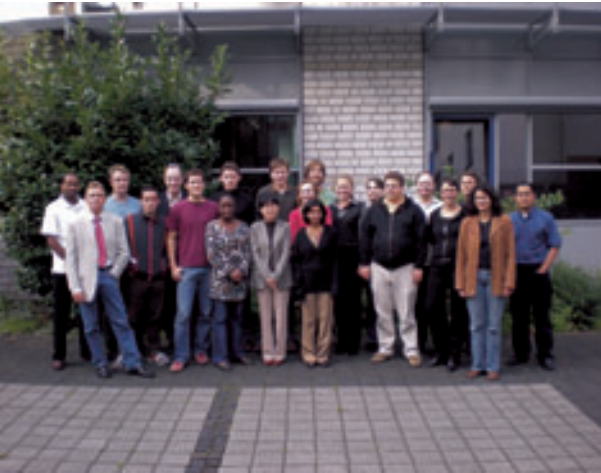
Men at work: Während der „Gemeinschaftsdiagnose“ feilten Wissenschaftler der beteiligten Institute gemeinsam in Lesungen an den Texten des Gutachtens

Informationen: [doehrn@rwi-essen.de](mailto:doehrn@rwi-essen.de)

### 3. Ruhr Graduate Summer School wieder großer Erfolg

Mit sehr starker internationaler Beteiligung fand vom 8. bis 12. Oktober 2007 die 3. *Ruhr Graduate Summer School* der Universität Duisburg-Essen (UDE) statt. Auf Einladung von *Volker Clausen*, Professor für Internationale Wirtschaftsbeziehungen und zudem Hochschullehrer an der *Ruhr Graduate School in Economics* (RGS Econ), kamen wieder zahlreiche Wissenschaftler in- und ausländischer Forschungs-

einrichtungen auf den Essener Campus. Aus den EU-Staaten, aber auch aus Indonesien, Japan, dem Sudan und Südafrika reisten die Teilnehmer an, um sich einem speziellen volkswirtschaftlichen Thema zu widmen: Es geht um so genannte „allgemeine Gleichgewichtsmodelle“, mit denen sich beispielsweise die Auswirkungen von Globalisierung und Handelsliberalisierung untersuchen lassen.



Zur dritten „Ruhr Graduate Summer School“ versammelten sich Wissenschaftler in- und ausländischer Forschungseinrichtungen auf dem Essener Campus der Universität Duisburg-Essen

Die Teilnehmer lernten, diese theoretisch anspruchsvollen Modelle mit Hilfe einer speziellen Software und Programmiersprache auf vielfältige welthandelspolitische Fragen anzuwenden: Welche gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen hat etwa der Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation? Welche Auswirkungen sind von der aktuellen Welthandelsrunde zu erwarten?

Oder: Wie wirken die steigenden Energiekosten auf die internationalen Handelsströme?

Als Referenten der Summer School konnten Professor Clausen wieder international renommierte Kollegen gewinnen, zum Beispiel *David Tarr* von der Weltbank in Washington. Er ist einer der weltweit führenden Experten auf diesem Gebiet und berät seit 20 Jahren sowohl die Weltbank wie auch die Regierungen zahlreicher Länder. Ein weiterer Referent war *Sergey Paltsev* vom Massachusetts Institute of Technology, Boston/USA. Er hat mit zahlreichen Beiträgen die Spezifikation und Anwendung allgemeiner Gleichgewichtsmodelle in der wissenschaftlichen Politikberatung maßgeblich weiterentwickelt.

Dass der diesjährige Kurs wie in den Vorjahren schnell ausgebucht war, zeigt, dass national wie international eine große Nachfrage nach diesen forschungsorientierten Bildungsangeboten besteht. Folglich wird es auch 2008 eine Ruhr Graduate Summer School in Economics geben.

Informationen: [rumpf@rwi-essen.de](mailto:rumpf@rwi-essen.de)

## Dalai Lama diskutiert mit Doktoranden der RGS Econ

Eine ganz besondere Ehre wurde am 21. September 2007 drei Doktoranden der *Ruhr Graduate School in Economics* (RGS Econ) zuteil: Sie durften an einer Diskussionsrunde mit *Tenzin Gyatso*, seiner Heiligkeit dem XIV. Dalai Lama zum Thema „Universal Responsibility in Science and Society“ teilnehmen, zu der die sieben *NRW Graduate Schools* das geistliche Oberhaupt der Tibeter nach Münster eingeladen hatten.

Was ursprünglich einmal als Veranstaltung im Kreis der NRW Graduate Schools angeordnet war, wurde aufgrund der großen Nachfrage zu einem Großereignis. Bereits am Vormittag hatte der 72-jährige Frie-

densnobelpreisträger fast zwei Stunden lang mit einer ausgewählten Gruppe von



Religion trifft Wissenschaft: Der Dalai Lama und NRW-Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart während der Veranstaltung der NRW Graduate Schools in Münster. Der Friedensnobelpreisträger sprach unter anderem über seine Vorstellungen von Ethik in der Forschung

30 Doktoranden debattiert, zu der mit *Daniel Baumgarten*, *Markus Hörmann* und *Vivien Procher* auch drei Doktoranden der RGS Econ gehörten. In diesem nicht-öffentlichen Teil der Veranstaltung ging es um Fragen der ethischen Verantwortung von Wissenschaft und Wirtschaft im Rahmen einer globalisierten Welt. Übertragen wurde die Gesprächsrunde in die Aula des Schlosses Münster, wo rund 300 weitere Doktoranden der NRW Graduate Schools das Gespräch live mitverfolgen konnten.

Am Nachmittag fand dann ein öffentlicher Vortrag des Dalai Lama vor 4 500 Zuschauern in der ausverkauften Halle Münsterland statt. Forschungsminister *Andreas Pinkwart* würdigte in seinem Grußwort das geistliche Oberhaupt der Tibeter als eine der großen Vermittlerpersönlichkeiten zwischen Religion und Wissenschaft. In seiner zum Teil sehr emotionalen Rede zur

globalen Verantwortung in Wissenschaft und Gesellschaft betonte der Dalai Lama immer wieder die Gleichheit aller Menschen. Mitgefühl, Toleranz und Offenheit seien im menschlichen Miteinander unerlässlich. Aber auch durchaus heikle Themen, wie die Forschung mit embryonalen Stammzellen, Tierversuche oder aber die Zukunft Tibets sparte der Friedensnobelpreisträger in seiner Rede nicht aus.

„Für die ausrichtenden NRW Graduate Schools sind die beiden Hauptziele der Veranstaltung damit voll aufgegangen: Den Doktorandinnen und Doktoranden ethische Fragestellungen ihrer eigenen Forschungstätigkeiten näher bringen und die NRW Graduate Schools nach Außen sichtbar machen“, so der Koordinator der RGS Econ, Dr. *Stefan Rumpf*.

Informationen: [rumpf@rwi-essen.de](mailto:rumpf@rwi-essen.de)

## Publikationen

### Ruhr Economic Papers

Download unter [www.rwi-essen.de/rep](http://www.rwi-essen.de/rep)

**(24) Leilanie Basilio, Thomas K. Bauer and Mathias Sinning, Analyzing the Labor Market Activity of Immigrant Families in Germany**

Untersucht wird, ob in der Kreditaufnahme eingeschränkte Einwandererfamilien eine Familien-Investitionsstrategie verfolgen, nach der ein Ehepartner nach der Ankunft in gastlandspezifisches Humankapital investiert, während der andere arbeitet, um die laufenden Ausgaben zu finanzieren. In den verwendeten westdeutschen Daten lassen sich keine Hinweise auf eine solche Spezialisierung finden. Zudem werden Arbeitsangebot und Lohnanpassung von Familien untersucht, die zusammen oder nacheinander eingewandert sind. Die Schätzungen legen nahe, dass diese Differenzierung für die Analyse der Arbeits-

marktaktivitäten von Einwandererhaushalten relevant ist.

**(25) Jan Brenner, Effects of Job Entry Restrictions on Economic Integration – Evidence for Recent Ethnic German Immigrants**

In diesem Papier wird der Einfluss von Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt auf die ökonomische Integration von kürzlich zugewanderten ethnischen Deutschen analysiert. Hierzu werden Daten des deutschen SOEP verwendet. Ethnische Deutsche sind bei ihrer Ankunft durch diese Zugangsbeschränkungen eher benachteiligt, gleichen sich aber in den untersuchten Aspekten im Laufe der Zeit nahezu vollständig den Deutschen an. Zudem lässt sich durch diese Faktoren ein erheblicher Anteil der Einkommenslücke zwischen ethnischen Deutschen und Deutschen erklären.



**(26) Silja Göhlmann, Who Smokes and How Much? – Empirical Evidence for Germany**

Rauchen ist mit hohen ökonomischen Kosten verbunden, weil es das Risiko für das Auftreten verschiedener Krankheiten erhöht. Ein viel versprechendes Instrument, diese Kosten zu reduzieren, ist es, den Tabakkonsum durch zielgruppenorientierte Nichtraucher-Kampagnen zu senken. Die Ergebnisse zeigen, dass sich solche Kampagnen auf Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und Einkommen, Singles, geschiedene oder verwitwete Personen sowie Arbeitslose konzentrieren sollten (S. 4).

**(27) Silja Göhlmann, The Determinants of Smoking Initiation – Empirical Evidence for Germany**

Diese Untersuchung der Bestimmungsfaktoren für die Entscheidung, mit dem Rauchen zu beginnen, weist darauf hin, dass jüngere Menschen mit hohem Bildungsniveau mit geringerer Wahrscheinlichkeit mit dem Rauchen beginnen, während bei älteren Menschen der Bildungshintergrund keine Rolle spielt. Zudem erhöht es die Wahrscheinlichkeit, mit dem Rauchen anzufangen, wenn beide Eltern während der gesamten Kindheit des Befragten geraucht haben (S. 4).

**(28) Jochen Kluge and Sandra Schaffner, Gender Wage Differentials and the Occupational Injury Risk – Evidence from Germany and the US**

Zahlreiche Studien, vor allem für die USA, haben gezeigt, dass Beschäftigte, die einem hohem Arbeitsunfallrisiko ausgesetzt sind, dafür durch entsprechende Lohnkompensationen entschädigt werden. Obwohl Männer in gefährlichen Berufen überrepräsentiert sind, haben Studien zum Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen diesen Aspekt bisher nicht hinreichend berücksichtigt. Die Ergebnisse dieses Papiers mit Daten aus Deutschland und den USA weisen darauf hin, dass sich die Lohnkompensationen für gefährliche Berufe im

Lohnunterschied widerspiegeln. Ein Teil des Lohngefälles wird also wohl durch die ungleiche Verteilung von beruflichen Unfallrisiken zwischen Männern und Frauen verursacht.

**(29) Torsten Schmidt and Tobias Zimmermann, Why are the Effects of Recent Oil Price Shocks so Small?**

Im Vergleich zu den siebziger und achtziger Jahren hatten die jüngsten Ölpreisschocks bisher relativ geringe Effekte auf reale Wirtschaftsaktivität und Inflation. Hier wird gezeigt, dass gegenwärtig zwei Faktoren eine stärkere Reaktion der deutschen Wirtschaft verhindern. Zum einen ist der Energiekostenanteil bei der Produktion deutlich gesunken. Zum anderen ist der hohe Ölpreis auch auf die starke Expansion der Weltwirtschaft zurückzuführen. Die hohen Ölpreise gehen entsprechend mit einer hohen Nachfrage nach deutschen Gütern einher. Bei einer schwächeren Weltwirtschaft könnten Ölpreisschocks daher immer noch substantielle Effekte für die deutsche Wirtschaft haben, auch wenn deren Verwundbarkeit durch Energiepreise insgesamt gesunken ist.

**(30) Mathias Sinning, Wealth and Asset Holdings of Immigrants in Germany**

Es wird analysiert, welche relative Vermögensposition Einwanderer in Deutschland haben und welche Portfolioentscheidungen sie treffen. Die Ergebnisse zeigen signifikante Unterschiede zwischen Deutschen und Einwanderern im Gesamtvermögen und verschiedenen Vermögenskomponenten. Hauptverantwortlich für die Unterschiede im Gesamtvermögen sind Ungleichheiten in den Hauseigentumsraten. Zudem ist die Portfoliodiversifikation von Migrantinnen signifikant niedriger als die vergleichbarer Deutscher. Vieles weist darauf hin, dass diese Unterschiede zu einem Großteil durch Ungleichheiten in den Bildungsabschlüssen erklärt werden können.

## RWI : Materialien

Download unter [www.rwi-essen.de/mat](http://www.rwi-essen.de/mat)

### (37) Wolfram F. Richter, Geplante Steuerhinterziehung und ihre effiziente Bestrafung

Ausgangspunkt der Betrachtungen ist die Feststellung, dass die herkömmliche Straf bemessung in weiten Bereichen kühl kalkulierende Steuerhinterzieher von ihrem Tun nicht abbringen wird. Die Bestrafung nach Leistungsfähigkeit verfehlt insbesondere im unteren Bereich relativer Hinterziehungsbeträge jede abschreckende Wirkung. Ökonomisch sollte die Bestrafung jedoch einer anreizverträglichen und effizienten öffentlichen Einnahmenerzielung dienen. Insbesondere darf sich Steuerhinterziehung nicht rechnen. Steuerehrlichkeit kann grundsätzlich durch verstärkte Prüftätigkeit erzwungen werden. Eine begrenzte Ausweitung der Prüftätigkeit dürfte sich für den Staat sogar netto lohnen. Eine Ausweitung bis zu dem Punkt, bei dem Steuerhinterziehung unattraktiv wird, ist dagegen kostspielig. Ein Reformvorschlag könnte sein, den Strafraum in einem vertretbaren Ausmaß anzuheben. Die Einziehung des nicht deklarierten Einkommens könnte unabhängig vom Tatmotiv eine akzeptable Antwort auf Steuerverkürzung sein.

### (38) Boris Augurzky, Sebastian Krolop, Hartmut Schmidt, Hendrik Schmitz und Christoph Schwierz, Reha Rating Report 2007 – Die Reha vor der Marktberreinigung

Mit dem „Reha Rating Report 2007“ wird erstmals die wirtschaftliche Lage der Reha-Einrichtungen in Deutschland empirisch untersucht. Auch wenn die Datenlage an vielen Stellen noch zu wünschen übrig lässt, können interessante Aussagen zum Reha-Markt und zur aktuellen wirtschaftlichen Lage der Reha-Kliniken und ihren möglichen Perspektiven abgeleitet werden. Dies soll Entscheidungsträgern auf den verschiedensten Ebenen (Politik, Kliniken und deren Geschäftspartner, Krankenversicherungen, Banken und Investoren) empirisch abgesicherte Erkenntnisse über diesen Markt an die Hand geben. Die Namen der Reha-Einrichtungen in der Stichprobe werden genannt, jedoch nicht durch ein Rating bewertet. Mit dem „Reha Report 2007“ liefert die ADMED GmbH gemeinsam mit dem RWI Essen und der HPS Research nach u.a. dem Krankenhaus Rating Report eine weitere Veröffentlichung, die die wirtschaftliche Lage des deutschen Gesundheitssystems transparenter macht.

## Intern

### RWI Essen wieder bei EEA-ESEM und Vfs präsent

Wie in den vergangenen Jahren war das RWI Essen auch in diesem Jahr wieder mit wissenschaftlichen Vorträgen und seinem Publikationsstand bei den Jahrestagungen der *European Economic Association/Econometric Society* (EEA-ESEM) und des *Vereins für Socialpolitik* (VfS) dabei. Die EEA-ESEM tagte vom 27. bis 31. August 2007 in Budapest. Sechs RWI-Wissen-

schaftler reisten nach Ungarn, um dort ihre wissenschaftlichen Papiere zu präsentieren. Der VfS hielt seine diesjährige Jahrestagung vom 9. bis 12. Oktober in München ab. Hier präsentierten fünf RWIler ihre Forschungsergebnisse. Auch RWI-Präsident Prof. Dr. *Christoph M. Schmidt* nahm an der Tagung teil und war – sehr zum Erstaunen vieler Vorbeieilender – recht häufig

am RWI-Stand zu finden. Nicht nur diese hochkarätige Besetzung sorgte für Besucherinteresse, auch die RWI-Publikationen wurden interessiert studiert. Neben der neuen Discussion Paper-Reihe „Ruhr Economic Papers“ galten viele Nachfragen der RGS Econ. Diese gemeinsame Initiative der Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen mit dem RWI Essen ist regelmäßig nicht nur mit Ihrem Logo, sondern auch mit Informationsmaterial am RWI-Stand vertreten.

Informationen: [weiler@rwi-essen.de](mailto:weiler@rwi-essen.de)



Bei-Stand: Während der EEA-Jahrestagung halfen RWI-Wissenschaftler bei der Betreuung des Institutsstands

## Zweiter RGS-Doktorand promoviert an der Uni Dortmund



Erfolgreiches Team: RGS-Doktorand Baudouin Tameze mit seinem Doktorvater Prof. Dr. Walter Krämer

*Baudouin Tameze* hat als zweiter Doktorand der Ruhr Graduate School in Economics seine Promotion an der Universität Dortmund abgelegt. In seiner

Arbeit „Minimum Distance Estimation of GARCH-Models“, die von Prof. *Walter Krämer* betreut wurde, untersucht er die Konsequenzen von Strukturbrüchen im GARCH-(1,1)-Modell.

Das GARCH-Modell (General Autoregressive Conditional Heteroscedasticity, verallgemeinerte autoregressiv bedingte

Heteroskedastizität) ist eine verallgemeinerte Version des ARCH-Modells und das vielleicht bekannteste statistische Modell zur Modellierung riskanter Renditen. Speziell bei Unternehmen des Kreditsektors hat die Messung von institutsinhärenten Risiken eine große Bedeutung, da die Kreditinstitute gezwungen sind, die Höhe ihrer Risiken im Verhältnis zu den vorhandenen Eigenmitteln zu beschränken. Experten, die im Umgang mit Modellen zur Messung der Marktrisiken geübt sind und die institutseigenen Modelle zu Risikoerfassung verbessern helfen können, sind daher begehrt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Baudouin Tameze unmittelbar nach seinem Abschluss an der RGS Econ eine Stelle im Risikomanagement bei einer großen norddeutschen Bank angetreten hat.

Informationen: [rumpf@rwi-essen.de](mailto:rumpf@rwi-essen.de)

## RWI : Cup ging an die RGS Econ

Gleich bei ihrer ersten Teilnahme konnten die Doktoranden der RGS Econ beim alljährlich ausgetragenen RWI-Fußballturnier den Sieg erringen. Ohne einen einzigen Auswechselspieler sowie externe Gastspieler angetreten, gelang es dem RGS-

Team durch mannschaftliche Geschlossenheit, Kampfgeist und taktische Disziplin in das Finale einzuziehen. Hier wurde nach einem packenden Spiel die erste Mannschaft des RWI Essen mit 3:2 in die Knie gezwungen. Turnier-Organisator *Heinz*

*Gebhardt* freute sich, dass der Wanderpokal damit eigentlich doch im RWI Essen bleibt. Insgesamt hatten 5 Mannschaften am Turnier teilgenommen, unter anderem aus Köln und Duisburg.

## **Neue Mitarbeiter im RWI Essen**



Seit 1. September 2007 ist *Julia Bredtmann* im RWI Essen als Referentin des Vorstands sowie im Kompetenzbereich Arbeitsmärkte, Bevölkerung, Gesundheit tätig. Sie studierte Wirtschaftswissenschaft mit den Schwerpunkten Marketing, Ökonometrie und Makroökonomik an der Ruhr-Universität Bochum. Begleitend zu ihrem Studium arbeitete sie bereits als studentische Hilfskraft am RWI Essen und verfasste dort auch ihre empirische Diplomarbeit zum Thema „Fertilität und Erwerbsverhalten von Frauen in Deutschland“. Julia Bredtmann ist zu einem Drittel am RWI Essen und zu zwei Dritteln am Lehrstuhl von RWI-Vorstandsmitglied Prof. Dr. *Thomas K. Bauer* an der RUB beschäftigt.



Seit 1. Oktober 2007 verstärkt *Christoph Ehlert* als wissenschaftlicher Referent im Kompetenzbereich Arbeitsmärkte, Bevölkerung, Gesundheit das Team des RWI Essen. Er studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hannover und der California State Polytechnic University in Pomona/USA. Seine Diplomarbeit mit dem Titel „Food Safety Standards and Farm Workers Welfare in Kenya“ schrieb er in der Abteilung für Programmevaluation des ICIPE (International Centre of Insect Physiology and Ecology) in Nairobi/Kenia.

---

### **RWI : News Nr. 4/2007 (Oktober 2007)**

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen, Tel.: 0201/81 49-0, Fax: -200, mail: rwi@rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten.

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.

Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt

Fotos: Daniela Schwindt, Joachim Busch

ISSN 1612-3581